

GASTKOMMENTAR**PRO**

China-Politik auf Augenhöhe?

Noch fehle dem Westen eine überzeugende Antwort auf den geopolitischen Aufstieg Chinas, sagt China-Experte Eberhard Sandschneider. Ein Plädoyer für mehr Pragmatismus im Umgang mit Peking.

Eberhard Sandschneider

28.09.2021, 11.00 Uhr



Verhärtete Fronten: Vergangenen März trafen sich das neue aussenpolitische Team der Administration von US-Präsident Joe Biden zum ersten Mal mit ihren chinesischen Gesprächspartnern im alaskischen Anchorage.

Pool / Reuters

Der Wettbewerb um die Weltordnung des 21. Jahrhunderts ist längst eröffnet. Wie genau diese Ordnung aussehen wird, ist nicht einfach zu prognostizieren. Aber eines steht schon heute fest: China wird in dieser Weltordnung eine zentrale, vielleicht sogar die zentrale Rolle spielen. Von daher ist es von entscheidender Bedeutung, wie wir aus europäischer

Perspektive dieses Land wahrnehmen und wie wir unsere Politik im Umgang mit China gestalten.

Anzeige

Auf diese Fragen konzentrieren sich die geopolitischen Grundsatzdebatten sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Europa mit einer zunehmend China-kritischen Tendenz. Das ist zunächst nicht weiter verwunderlich, weil es sich bei China nach wie vor (wie schon seit 1949) um einen kommunistisch regierten, autokratischen Systemrivalen handelt.

Noch fehlt dem Westen eine überzeugende Antwort auf Chinas Aufstieg

Logisch konsequent haben die USA schon mit Barack Obamas «Pivot to Asia» ihren geopolitischen Fokus auf den Pazifik und damit auf China gerichtet. Präsident Joe Biden zeigt in seinem ersten Amtsjahr, dass er zwar stilistisch andere Mittel wählt, aber in der Sache die konfrontative China-Politik seines Vorgängers unverändert fortsetzt, ja sogar noch verschärft.

Die Europäische Union ist derweil unfähig, eine gemeinsame strategische Position sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber China einzunehmen. Trotz vielen strategischen Papieren, die Gemeinsamkeiten propagieren, ohne dass es zu einer glaubhaften Umsetzung kommt, bleibt die europäische Rolle in dem künftigen geopolitischen Dreieck unklar. Und spätestens seit dem unrühmlichen und überstürzten Abzug aus Afghanistan wissen die Wettbewerber des Westens, dass Wertepolitik häufiger scheitert als gelingt.

Noch fehlt dem Westen also eine überzeugende Antwort auf den geopolitischen Aufstieg Chinas. Die zunehmende Aggressivität der amerikanischen und die nach wie vor zersplitterte europäische Debatte verhindern einen konstruktiven Umgang mit der vielleicht entscheidenden geopolitischen Dreiecksbeziehung der kommenden Jahre. Eine der wesentlichen Ursachen für diese Feststellung ist das geradezu fatale Zusammenwirken von fehlender Kompetenz und überzogenem Erwartungsmanagement.

Anzeige

Fehlwahrnehmungen prägen ein fragwürdiges Erwartungsmanagement

Zunächst kommt es ganz zentral auf die Perspektive an: Wer nur auf die letzten beiden Jahrzehnte schaut, kann zu dem Ergebnis kommen, dass sich die innenpolitische Situation deutlich verändert und aus westlicher Sicht verschlechtert hat. Wer eine längere Perspektive einnimmt und bis auf das Jahr 1949 zurückschaut, wird gar nicht anders können, als festzustellen, dass die Volksrepublik China immer schon ein Systemrivale des Westens war und dass sich die zentralen Konstanten chinesischer Innenpolitik trotz vielfältigen Umbrüchen nicht geändert haben: Die Machterhaltung der Kommunistischen Partei war für alle politischen Führungen oberste Maxime ihres Handelns. Aus dieser grösseren Perspektive lässt sich die Politik des derzeitigen Präsidenten kaum als Paradigmenwechsel beschreiben.

Fehlwahrnehmungen prägen immer wieder ein fragwürdiges Erwartungsmanagement. So ist es immer wieder verblüffend, wie sehr die Mainstream-Debatten zu China in Extreme

ausschlagen. Ein kommunistisches System, das Wohlstand schaffe, müsse eigentlich auf dem Weg zu einer Demokratie westlicher Prägung sein, so lautete ein Extrem der letzten zwanzig Jahre. Ein autokratisches System, das sich anschicke, seine eigenen Interessen geopolitisch in den Vordergrund zu stellen, müsse ein systemischer Rivale westlicher Demokratien werden, so lautet die Befürchtung, die derzeit Hochkonjunktur hat. Und natürlich ist ein Land, das sich westlichen Wertvorstellungen nicht beugt, sowieso ein fundamentaler Gegner.

Informationskontrolle ist das wichtigste Herrschaftsinstrument

Eine genauere historische Analyse zeigt hingegen ein Charakteristikum, das für unser Verständnis wichtig ist: Kommunistische Parteien sind Kontrollfreaks – fest davon überzeugt, dass sie ihren Herrschaftsanspruch nur dann erfolgreich verteidigen können, wenn sie ihre Bevölkerung möglichst umfassend kontrollieren. Das Motto heisst traditionell: «Kontrolle ist besser als Vertrauen.»

Insofern hat sich in China nur zweierlei geändert: Die technologischen Kontrollmöglichkeiten etwa durch Gesichtserkennungssoftware sind um ein Vielfaches effizienter als alle Formen analoger Kontrolle und Aufsicht, die die Kommunistische Partei Chinas zuvor praktiziert hat. Und politisch ist die Partei unter der Führung Xi Jinpings dabei, den drohenden Kontrollverlust durch soziale Netzwerke zu überwinden, ja sogar ins Gegenteil zu verkehren. Gerade unter den technologischen Bedingungen der Gegenwart gilt: Informationskontrolle ist das wichtigste Herrschaftsinstrument der Kommunistischen Partei Chinas.

Diese Kontrolle drohte vor einigen Jahren verloren zu gehen, jetzt wird sie mit Macht und Nachdruck erneut sichergestellt. Das muss man nicht gut finden, aber man muss es verstehen, um angemessen darauf reagieren zu können.

Die jüngsten Regulierungsmassnahmen zeigen deutlich das hohe Mass an Verunsicherung wegen der rasanten Veränderung, die eine sich schnell modernisierende Gesellschaft nun einmal mit sich bringt. Auch hier steht die Kommunistische Partei in einer langen Tradition der Risikobewältigung. Westliche Technologie ist erwünscht, westliches Denken, erst recht westliche Werte, hingegen nicht. Die Kontrolle des Denkens durch politische Indoktrination taucht wieder als traditionelles Politikelement auf.

Präsident Xi Jinping hat also im Grundsatz dieselben Probleme wie seine Vorgänger: Wie kann er an der Macht bleiben und die zunehmenden Verwerfungen der chinesischen Gesellschaft überwinden? Das ist das zentrale Leitmotiv seiner Politik, das man kennen muss, wenn man Chinas auch internationales Verhalten und erst recht seine innenpolitischen Massnahmen richtig einschätzen will.

Anzeige

Es braucht einen «respektvollen Dialog auf Augenhöhe»

Im Umkehrschluss heisst das: Wir haben es mit einem selbstbewussten, aber letztlich auch fragilen Partner zu tun. Keine Verhandlung, kein Kompromiss mit diesem rivalisierenden Partner wird einfach werden. Aber

ideologische Überlegenheit des Westens ist auch fehl am Platze. In der China-Politik braucht es keine deklaratorische Übertreibung, wie sie häufig als Kompetenzersatz zum Vorschein kommt, wohl aber die Bereitschaft, «dicke Bretter zu bohren».

Vergessen wir nicht: Pragmatismus und nicht ideologischer Absolutismus ist die Grundlage des chinesischen Wirtschaftserfolgs. Pragmatismus sollte auch die Grundlage für die Weiterentwicklung unserer bilateralen Beziehungen mit dem geopolitischen Aufsteiger des 21. Jahrhunderts bleiben. Ein «respektvoller Dialog auf Augenhöhe», wie der langjährige deutsche Botschafter in China, Michael Schaefer, es nennt, ist das grösste Desiderat in der derzeitigen China-Debatte.

Zur Person

Eberhard Sandschneider

Dr. Eberhard Sandschneider war von 1998 bis 2020 Professor für die Politik Chinas und internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin. Heute ist er Partner bei der Beratungsfirma Berlin Global Advisors.

Dieser Gastbeitrag bildet den Auftakt zu einer Vortragsreihe zu China, einer Kooperation mit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW). Den Auftakt dazu macht Eberhard Sandschneider am 6. Oktober 2021 von 13:00 bis 14:30 Uhr. Seien Sie dabei, und diskutieren Sie mit! Mehr Informationen dazu finden Sie hier.

Mehr zum Thema

China

**GASTKOMMENTAR** **PRO**

Die China-Strategie der Schweiz ist eigentlich keine China-Strategie

Das China-Papier des Bundes ist relativ zurückhaltend ausgefallen, was wohl dem gegenseitigen Verständnis dienen dürfte. Hingegen ist es kein Plan, der in der heutigen Zeit tatsächlich gefordert wäre, um mit besserem Wissen aufeinander zugehen zu können. Konfliktzonen bleiben deshalb bestehen.

Hans Jakob Roth 30.07.2021



Welche Lehren halten japanische Firmen für den Umgang mit China bereit?

China hat mit Boykotten Europas Wirtschaft aufgeschreckt. Ein Blick nach Japan zeigt, wie Regierung und Unternehmen mit viel grösseren bilateralen Spannungen umgehen.

Martin Kölling, Tokio 17.04.2021





KOMMENTAR

China-Strategie der Schweiz: zu seinen Werten stehen und seine Grenzen kennen

Verleugnet sich die Schweiz, wenn sie mit China geschäftet und das Land als prioritären Partner ihrer Aussenpolitik sieht? Keineswegs – wenn sie deswegen nicht selber chinesischer wird.

Peter A. Fischer 19.03.2021



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.